

Sozialpartner im Gastgewerbe fordern A-fonds-perdu-Beiträge

Angesichts der Lage der Gastro- und Tourismusbranche in der Coronakrise fordern die Sozialpartner vom Bundesrat sofortige A-fonds-perdu-Beiträge.



Bild: SNB

Viele Betriebe hätten schon schliessen müssen, Zehntausende von Stellen seien verloren gegangen. Eine Entspannung der Lage sei nicht in Sicht, teilten die Verbände Gastrosuisse, Hotel & Gastro Union, Hotelleriesuisse und Swiss Catering Association (SCA) sowie die Gewerkschaften Unia und Syna am Freitag gemeinsam mit. Weitere Betriebseinstellungen und Entlassungen drohten.

Die in der Härtefallregelung versprochenen Ersatzzahlungen seien noch nicht bei den dringend darauf angewiesenen Betrieben angekommen, hiess es im Communiqué weiter. Zudem ist für die Branche unklar, wer mit den Mitteln rechnen kann und wann diese eintreffen.

Die geltende Regelung mit geteilter Verantwortung zwischen den 26 Kantonen und dem Bund gestalte sich in der aktuellen Krise sehr schwerfällig. Aktuell seien zusätzliche Gelder zum Schutz der Arbeitsplätze für die Branchen nötig, die wegen des Lockdowns schliessen mussten oder durch den Teil-Lockdown eingeschränkt sind.

Brief an den Bundesrat

Die Sozialpartner fordern den Bundesrat in einem gemeinsamen Brief auf, so schnell wie möglich weiterführende Massnahmen für die Branche zu ergreifen und so deren Überleben zu sichern. Konkret verlangen die Verbände und die Gewerkschaften eine dringliche Notverordnung für A-fonds-perdu-Beiträge. Diese sollen sofort landesweit und einheitlich ausbezahlt werden.

Der Bundesrat hatte am 18. Dezember die Schliessung von Gaststätten sowie Kultur- und Freizeitbetrieben vorerst bis am 22. Januar verfügt. Ab Samstag fällt auch die Möglichkeit der Kantone weg, Restaurants offen zu halten, wenn die Pandemielage das zulässt.

An ihrer nächsten Sitzung am Mittwoch will die Landesregierung entscheiden, ob die Schliessung der Restaurants und anderen Betrieben bis Ende Februar verlängert werden soll. Eine Konsultation bei den Kantonen läuft. (sda)

Publiziert am Freitag, 08. Januar 2021